

Formblatt 3

Angaben zur Technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

1. Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

(Zutreffendes **bitte jeweils** ankreuzen)

- Ich/Wir erkläre/n, dass keine der nachfolgenden fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 Abs.1 Nr.1, Nr.3 - 9 GWB in Bezug auf meine/unsere Person/en oder das Unternehmen vorliegen. Der Auftraggeber behält sich einen Ausschluss unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit vor, wenn
- a) das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - b) das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
 - c) der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - d) ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
 - e) eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
 - f) das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 - g) das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
 - h) das Unternehmen
 - a. versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b. versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c. fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

- Ich/wir erklären, dass ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 GWB vorliegt und ich / wir die erforderlichen Maßnahmen zur Selbstreinigung nach § 125 GWB vorgenommen habe/n. Zur Prüfung für den öffentlichen Auftraggeber reichen wir die entsprechenden Nachweise mit dem Teilnahmeantrag ein.
- Ich/Wir erkläre/n, dass über mein/unser Unternehmensvermögen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.
- Ich/Wir erkläre/n, dass sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt. Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung der Beiträge zu den Krankenversicherungen und Berufsgenossenschaften nachgekommen sind und auch weiterhin nachkommen und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt.
- Ich/Wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen auch im Übrigen keine schwere Verfehlung begangen hat, welche die Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt.

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass der Auftraggeber vor Auftragserteilung den Nachweis der in dieser Erklärung gemachten Angaben durch Vorlage entsprechender Bescheinigungen verlangen kann.

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich bin mir bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe im Rahmen des Verfahrens:

- den Ausschluss von diesen Vergabeverfahren zur Folge hat.
- den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

Ort, Datum

Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt (Bieter / Bietergemeinschaft)

Name in Textform oder elektronische Signatur gem. Vorgaben des AG zur elektronischen Angebotsabgabe